

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7339 –**

Investitionen in Antipersonenminen und Streumunition gesetzlich verbieten und die steuerliche Förderung beenden

A. Problem

Die Antrag stellenden Fraktionen weisen darauf hin, dass sich aus den internationalen Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen und zum Verbot von Streumunition für die Bundesrepublik Deutschland umfassende Verpflichtungen zur Umsetzung des Einsatz-, Lagerungs-, Herstellungs-, Entwicklungs- und Handelsverbots ergeben. Im Finanzsektor sei ein ausdrückliches Verbot von Investitionen in Unternehmen, die Antipersonenminen oder Streumunition herstellen oder entwickeln, sowie die Beendigung steuerlicher Förderung erforderlich.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des Gesetzes über die Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen vorzulegen, als Anteilseigner öffentlich-rechtlicher oder privater Banken Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition zu verhindern sowie bei der Anlage staatlicher Finanzvermögen entsprechende Investitionen auszuschließen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, Unternehmen, die Antipersonenminen und Streumunition herstellen oder entwickeln, von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen sowie Investitionen aus dem Vermögen gemeinnütziger Stiftungen gesetzlich zu unterbinden und international, insbesondere auf europäischer Ebene, für ein Investitionsverbot zu werben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/7339 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Uta Zapf, Dr. Rainer Stinner, Jan van Aken und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7339** in seiner 133. Sitzung am 20. Oktober 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 48. Sitzung am 26. Oktober 2011 zur gutachtlichen Mitberatung an seinen Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellenden Fraktionen weisen darauf hin, dass sich aus den internationalen Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen und zum Verbot von Streumunition für die Bundesrepublik Deutschland umfassende Verpflichtungen zur Umsetzung des Einsatz-, Lagerungs-, Herstellungs-, Entwicklungs- und Handelsverbots ergeben. Im Finanzsektor sei ein ausdrückliches Verbot von Investitionen in Unternehmen, die Antipersonenminen oder Streumunition herstellen oder entwickeln, sowie die Beendigung steuerlicher Förderung erforderlich.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des Gesetzes über die Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen vorzulegen, als Anteilseigner öffentlich-rechtlicher oder privater Banken Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition zu verhindern sowie bei der Anlage staatlicher Finanzvermögen entsprechende Investitionen auszuschließen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, Unternehmen, die Antipersonenminen und Streumunition herstellen oder entwickeln, von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen sowie Investitionen aus dem Vermögen gemeinnütziger Stiftungen gesetzlich zu unterbinden und international, insbesondere auf europäischer Ebene, für ein Investitionsverbot zu werben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 59. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 70. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 76. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 56. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 106. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 49. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 30. Sitzung am 9. November 2011 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7339 in seiner 50. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt unter Berücksichtigung der gutachtlichen Stellungnahme des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 30. November 2011

Roderich Kiesewetter
Berichtersteller

Uta Zapf
Berichterstellerin

Dr. Rainer Stinner
Berichtersteller

Jan van Aken
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin

